

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, Kersten Artus,
Tim Golke, Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014
Einzelplan 6**

**Kapitel 6800
Titel 547.52**

**Kapitel 6800
Titel 547.53**

Betr.: Einrichtung eines Solidaritätsfonds „Hamburg bekämpft Energiearmut“

Die Energiekosten der privaten Haushalte haben sich in den letzten zwei Jahren um rund 15 Prozent erhöht. Auch die Energiewende muss sozial abgesichert werden. Einkommensschwache Haushalte sind von diesen Preiserhöhungen besonders betroffen. Eine wachsende Anzahl von Menschen mit geringem Einkommen kann die überdurchschnittlichen Steigerungen bei den Energiepreisen nicht mehr verkraften. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Problematisch ist auch, dass viele einkommensschwache Haushalte den Stromanbieter gar nicht wechseln können und beim Grundversorger – in Hamburg Vattenfall Europe, der gerade eine massive Preiserhöhung zum Jahreswechsel angekündigt hat – bleiben müssen, womit ihnen eine wichtige Einsparmöglichkeit verwehrt bleibt. Denn zum Wechsel wird meist eine ausreichende Bonität vorausgesetzt, die auf Transferleistungen angewiesene Menschen in der Regel nicht gewährleisten können.

Immer mehr Menschen in Hamburg haben aufgrund steigender Energiepreise Probleme, ihre Rechnungen für Strom und Gas zu bezahlen. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2012 wurde bei mehr als 5.000 Haushalten der Strom abgestellt. Stromsperrern stellen eine existenzielle Bedrohung dar und sind deshalb unsozial.

Zum Schutz der Verbraucher ist eine Stärkung der Verbraucherrechte gegenüber den Energieanbietern erforderlich. Obwohl die wachsende Armut durch steigende Energiekosten allein mit kostenlosen Energiespar-Beratungsangeboten nicht gelöst werden kann, muss die Freie und Hansestadt Hamburg eine kostenfreie Energieberatung für einkommensarme Haushalte sicherstellen.

Hamburg will bis 2020 seine Treibhausgasemissionen um 40 Prozent senken. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auch die privaten Haushalte, die für etwa ein Viertel des Energieverbrauches in Hamburg verantwortlich sind, ihre Energiesparpotenziale ausschöpfen. Dazu sind Beratung und Unterstützung dieser Haushalte erforderlich. Die Hamburger EnergieAgentur (Hamea) wurde dafür gegründet. Unter anderem von der Caritas im Projekt Stromspar-Check und seit diesem Jahr von einer speziell auf Verbraucher mit Migrationshintergrund im Bezirk Altona spezialisierten Organisation werden einkommensarme Haushalte zum Sparen von Energie beraten. Der Bundesumweltminister hat in seinem 10-Punkte-Programm zur Energiewende zwar als einen

der Kernpunkte die Beratung einkommensschwacher Privathaushalte angekündigt, aber die langfristige Projektumsetzung selbst der schon in Hamburg laufenden Projekte ist aus Kostengründen ungeklärt.

Anlässlich der kürzlich bekannt gewordenen Stromverteuerung um voraussichtlich 13 Prozent zum 1. Januar 2013 sollte das Projekt Stromspar-Check der örtlichen Caritas personell aufgestockt werden, sowie durch Mittel für die wirtschaftliche und rechtliche Beratung, oftmals notwendige Folge eines Energieberatungsbesuches, flankiert werden.

Dies vorausgeschickt möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Der im Haushaltsplan für 2013 und 2014 unter Titel 6800.547.52, „Aufwendungen für die Energieagentur“ dargestellte Ansatz wird auf jeweils 0,835 Millionen Euro erhöht.
2. Die von der Hamburger EnergieAgentur (Hamea) angestoßenen und begleiteten Stromspar-Check-Projekte werden in den Jahren 2013 und 2014 weitergeführt und ausgeweitet.
3. Im Haushaltsplan wird für 2013 und 2014 der neue Titel;
6800.547.53, Solidaritätsfonds „Hamburg bekämpft Energiearmut“

Übertragbar
Deckungsfähig im Kapitaldeckungskreis KDK 060-6800-23)

mit einem Ansatz von jeweils 1 Million Euro und einer Verpflichtungsermächtigung von jeweils 0,75 Millionen Euro eingerichtet.

4. Eine Rechts- und Budgetberatung für Energieschuldner wird bei der Verbraucherzentrale Hamburg oder bei einem sonstigen gemeinnützigen Träger aus den Mitteln des Titels 6800.547.53 in Höhe von 0,25 Millionen Euro finanziert.
5. Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut, wie zum Beispiel die Erstellung eines Energiearmutsberichts, werden aus den Mitteln des Titels 6800.547.53 in Höhe von 0,75 Millionen Euro finanziert.